

4. April 1917

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 12 Erscheint jeden Sonntag. Gotha, 25. März 1917 31. Jahrg. Abonnementpreis: Mt. 1.— für das Vierteljahr. 3 Hefen kosten 50 Pfg. die einseitige Postzeit. Bei Wiederholungen Rabatt. Su bezogen durch alle Postanstalten. (Telephon: 91. 174.) Vertriebs- und Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

Unterstützungen der Stadt Berlin für teilweise oder völlig erwerbslose Angehörige der Schuhwarenindustrie. — Der Stand des Streiks der Berliner Schuhmachermeister. — Alles organisiert sich. — Die neuen Kriegsfürsorge. — Der Arbeiterfiskus des Bekleidungsamtes. — Aus dem Reichstage. — Soziales. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Grenztafel. — Sterbetafel. Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Geburtenrückgang und Arbeiterwohnungsfrage. — Die Weiterentwicklung der Frauenarbeit. — Frauen in den Kriegsdiensten. — Winters Ende. Genulleisten: Dienen.

Für minderjährige Arbeiter bis 16 Jahren 14 Pfennig. wöchl. männl. wöchl. weibl. Pf. Pf. Für Arbeiter über 16 bis 21 Jahre 17 28 Für volljährige ledige Arbeiter 19 26 Für volljährige verheiratete Arbeiter 23 32 Die Unterstützung für die Hausarbeiter beträgt mindestens 1/10 des von ihnen erzielten Verdienstes, sofern der von ihnen in der Woche verdiente Betrag nicht das Neunfache des Ortslohnes (ortsüblichen Tageslohnes) erreicht. Außerdem ist für jedes erwerbslose Kind unter 16 Jahren ein weiterer Zuschuß von 3 Pfennig für jede ausfallende Arbeitsstunde zu berechnen. Die Unterstützung wird entsprechend geführt, soweit der in oder außerhalb des Betriebes regelmäßig erzielte Verdienst einschließlich der Unterstützung den im § 10 berechneten Satz übersteigt. Die Unterstützung ist in Arbeits- und Lohnbüchern einzuverzeichnen und als Unterstützung kenntlich zu machen. Die Höhe der Unterstützung wird auf das nächste wöchentliche Lohnzettel (Lohnzettel gemündlichter Arbeiter) festgesetzt. Dieser beträgt in Berlin:

	männl.	weibl.
Für Arbeiter unter 16 Jahren	1,80	1,40
Für Arbeiter über 16 bis 21 Jahre	8.—	2,40
Für Arbeiter über 21 Jahre	4.—	8.—

Außerdem gilt für jedes unterstützungsberechtigte Kind als Höchstgrenze der Betrag von 1,50 Mt. wöchentlich. Die Arbeitswoche wird gleichmäßig zu 54 Stunden gerechnet.

§ 7. Voraussetzung für die Gewährung der Fürsorge ist, daß das Beschäftigungsverhältnis der zu Unterstützenden in der Schuhwarenindustrie gegenwärtig nicht durch ein anderes festes Arbeitsverhältnis ersetzt worden ist. Gefangene und Angehörige feindlicher oder neutraler Staaten sind von der Fürsorge ausgeschlossen.

§ 8. Die Sonderfürsorge für die Schuhwarenindustrie tritt rückwirkend vom 1. August 1916 ab in Kraft.

§ 9. Die Berechnungs- und Zahlstellen für die Unterstützungen sind die Betriebe der Schuhwarenindustrie für die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer.

§ 10. In jedem Falle bleibt die Nachprüfung des Unterstützungsbefürwortes durch die Gemeindebehörde vorbehalten.

Die Bedürftigkeit ist in der Regel als vorhanden anzusehen, wenn der Unterstützte bei teilweiser Erwerbslosigkeit den von ihm erreichbaren Lohn, den er bei der vollständigen Arbeitszeit im Durchschnitt der vier letzten voll beschäftigten Arbeitswochen vor dem 14. 6. 1916 erhalten hat, nicht mehr verdient.

§ 11. Von der aufzubringenden Unterstützung hat das Reich drei Sechstel und der Staat zwei Sechstel übernommen, das verbleibende Sechstel wird vom Arbeitgeber getragen. Diese Abmachungen sind auf dem Wege freier Vereinbarungen getroffen und können durch Eintreten besonderer Verhältnisse widerrufen werden. Die Gewährung der Unterstützung ist gebunden an die Dauer der Beihilfe von Reich und Staat.

§ 12. Die Auszahlung der Unterstützung durch die Arbeitgeber erfolgt wöchentlich bei der Lohnzahlung. Eine Liste der ausgezahlten Fürsorgegeber ist spätestens am zehnten Tage nach der Auszahlung der Gemeindefürsorge dem Wohnort des Arbeitsnehmers einzureichen.

Die Rückzahlung von fünf Sechstel der vorausgezogenen Unterstützung durch die Gemeindebehörde soll baldmöglichst, spätestens bis zum Tage vor der zweitfolgenden Lohnzahlung erfolgen.

§ 13. Der Mißbrauch der Fürsorge, insbesondere der Versuch zur Erlangung von Unterstützungen durch unwahre Angaben, Verschleierung von Tatsachen und die Verweigerung der zur Berechnung von Unterstützungen zum Arbeitgeber oder von der Gemeindebehörde verlangten Auskünfte zieht den Ausschluß von der Sonderfürsorge für die Arbeitnehmer der Schuhwarenindustrie nach sich, auch die strafrechtliche Verfolgung vorbehaltlich.

§ 14. Die völlig erwerbslosen Arbeiter und Angestellten aus Schuhbetrieben, die nach dem Bundesratsbeschlusse unter diese Fürsorge fallen, für welche die Fürsorge aber von den Arbeitgebern nicht übernommen wird, werden nach

Wahgabe des Gemeindefürsorge vom 20. Oktober 1916, betreffend die Fürsorge für die Bekleidungsindustrie, unterstützt.

§ 15. Dem Magistrat bleibt vorbehalten, allgemeine Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Also, was lange währt, wird endlich gut. Nun werden die geplagten Arbeiter auch von der Stadt die ausgesetzten Unterstützungen zurückerhalten, die sie bei der verurteilten Arbeitszeit an die Berliner Schuhfabrikarbeiter zahlten. Dabei wird es sich nicht um einen ganz kleinen Betrag handeln, der den Arbeitern nur durch die Bemühungen der Organisation zugeflossen ist.

Der Stand des Streiks der Berliner Schuhmachermeister.

Die Streitanforderung der Berliner Schuhmacherinnung wegen angeblich zu niedriger Höchstpreise für Schuhreparaturen ist in einer im Reichsamt des Innern stattgefundenen Sitzung besprochen worden, der Vertreter der Innung (Wohlfel, Herbach und Eckstein) sowie der Vorsitzende Wollstein vom Schuhfabrikantenverband und der Staatsanwalt Dr. Bachem teilnahmen. Letzterer erklärte auf die Ausführungen der Innungsmeister, daß von der Wiederherausgabe der Bestimmungen seine Rede sein könne. Diese enthielten das Mögliche, was dem Schuhhandwerk zugebilligt werden könne und seien nach umfassenden Untersuchungen und Ermäßigungen getroffen worden. Sie seien auch darauf, daß ein großer Prozentsatz der Schuhmacher heute noch nicht sockern könne, als er vordem für seine Arbeit gefordert habe. Er behaupte die gestiegenen Beschäfte, die die eventuelle Verweigerung der Arbeit in sich schließen und die nicht dazu angehen seien, seitens der Regierung Entgegenkommen zu finden. Wohl aber besteihe bei dem Festhalten an diesen Beschüssen die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß bei einer Verweigerung der Arbeit (solche Fälle seien den Behörden jetzt schon bekannt), die weitere Zuteilung von Arbeit und Erholungen entzogen werde. Die Bewegung gegen diese Bestimmungen sei von bestimmten Gruppen herorgeführt, denen die Allgemeinheit infolge der falschen Beurteilung der Bestimmungen gefolgt sei. Man soll seitens der führenden Personen vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Schuhmacherarbeit über diese Bestimmungen erhalten und könne er einige Willkürungen nur dann verprechen, wenn die führenden Schuhmachermeister versprächen, dafür zu sorgen, daß wieder Beruhigung im Schuhhandwerk eintrete.

An der weiteren Aussprache kamen noch die vertriebenen „Für“ und „Gegen“ zur Erörterung. Daran schlossen sich längere Ausführungen des Herrn Wollstein, der gab, daß einige Bestimmungen im Interesse der ledigen Bekleidungsindustrie Ergänzungen erfahren dürften. Er sagte weiter, daß die Bestimmungen über das Aushängen eines Plaketes nicht von der Quaderkommission beschlossen, sondern vom Kriegsministerium verlangt wurde. Um nun auch hier eine bessere Möglichkeit der Durchführung zu schaffen, soll die Materialberechnung eine Vereinfachung erfahren durch die Festsetzung von Durchschnittswerten. An der Hand von Tabellen, auf denen die vertriebenen, aus allen Teilen Deutschlands eingeforderten Preise für Socken und Hosen bezeichnet waren, führte er dann weiter aus, daß nach den neuen Bestimmungen den genannten Preisen gegenüber sei der Schuhmacher der dritten Klasse noch besser dabei weg käme. Auch er ist der Meinung, daß die Unzufriedenheit nur eine Folge der falschen Auffassung sei.

Man einige sich nun damit, daß der § 4 der Bestimmungen eine Erläuterung dahin erfahren soll, daß alle arbeitende Schuhmacher, welche auch Wararbeit anfertigen, die Entlohnung der 2. Klasse, also 15 Prozent in Anrechnung bringen dürfen. Weiter, daß für Herren-, Damen- und Kinderarbeit Durchschnittswerte der Materialien festgesetzt werden sollen und zwar in einer fünfstelligen Staffelliste. Diese Preise lagen bereits vor und werden mit den vorher erwähnten Ergänzungen in aller nächster Zeit bekanntgegeben werden. Bei Entlohnung ist der Einheitspreis in Rechnung zu stellen.

Damit scheinen sich nun auch die Berliner Innungs-schuhmachermeister abfinden zu wollen, da sie eben nicht mehr erreichen konnten. Es wird daher von weiteren Stre-

Unterstützungen der Stadt Berlin für teilweise oder völlig erwerbslose Angehörige der Schuhwarenindustrie.

Am Juli 1916 überreichten die Ortsvereinigungen des Zentralverbandes der Schuhmacher und des Gewerkschafts der Arbeiter dem Magistrat der Stadt Berlin den Antrag betreffs Einrichtung einer Arbeitslosenfürsorge für die Berufsangehörigen der Schuhindustrie. Die Vorlage ist im wesentlichen angenommen worden und der Gemeindefürsorge hat rückwirkend Kraft bis zum 1. August 1916 und befristet folgenden:

§ 1. Die Stadtgemeinde Berlin errichtet in Verfolg der Bundesratsbestimmungen vom 24. Juli 1916 und des Erlasses der Minister des Innern und der Finanzen vom 8. August 1916 eine besondere Kriegsfürsorge für solche Angehörige und Arbeiter der Groß-Berliner Schuhwarenindustrie, die infolge von Arbeitsbeschränkungen ganz oder teilweise erwerbslos geworden und in Berlin wohnhaft sind.

§ 2. Diese Sonderfürsorge wird getrennt errichtet von der bereits bestehenden allgemeinen Arbeitslosenfürsorge, jedoch mit der Wahgabe, daß dem Magistratskommissar für die Arbeitslosenfürsorge auch die Verwaltung dieser Kriegsfürsorge unterstellt wird. Die Bearbeitung der Angelegenheiten wird der Zentralstelle und den Geschäftsstellen der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge übertragen.

Zur Unterstützung des Magistratskommissars wird ein besonderer beratender Ausschuss eingesetzt, der aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern bestehen soll.

Mit dem Eintritt der besonderen Kriegsfürsorge für Arbeiter und Arbeiter der Schuhwarenindustrie scheidet diese aus der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge aus.

§ 3. Als Erwerbslosigkeit gilt der Mangel an Arbeit und Verdienst, der auf die behördlichen, mit dem Kriege zusammenhängenden Maßnahmen vorwiegend zurückzuführen ist. Durch Arbeitsunfähigkeit, freiwillige Aufgabe der Beschäftigung oder eigenes Verlassen der Berufstätigkeit Erwerbslosigkeit wird von dieser Fürsorge nicht berücksichtigt.

§ 4. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, jede Arbeit, die ihnen angeboten wird, auch außerhalb ihres Berufes und Wohnortes, sowie zu getriggert Arbeitszeit anzunehmen, sofern ein angemessener Lohn dafür geboten wird und kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann.

Ueber die Zulässigkeit etwaiger Ablehnungsgründe entscheidet der Magistratskommissar unter Mitwirkung des Ausschusses endgültig.

Arbeitnehmer, die sich dieser Entscheidung nicht unterwerfen, werden von dieser Sonderfürsorge ausgeschlossen und der allgemeinen Arbeitslosenfürsorge überlassen.

§ 5. Soweit die Arbeitnehmer eine anderweitige Beschäftigung erlangen, haben sie von dieser und dem darin erzielten Arbeitslohn ihren bisherigen Arbeitgeber sowie die Mittelung zu machen.

§ 6. Für die Bemessung der Unterstützung der nicht völlig erwerbslos gewordenen Arbeiter werden nach der Zahl der ausfallenden Lohnstunden folgende Sätze zugrunde gelegt:

ären Arbeit
n Ausbau
nn werden
u höchster

ne Drohung
Klassen
füßende
gar nicht
Wanget
das Wohl
schäftlichen
wie wir,
ng eine
verbürgt
Wanget
los und
nen. Aber
ang. Was
würde ein
nge

tionäres
Der
ns das
gegen
Rucht
beru
als man
in
Grenz
erhält
ist
och
er
Staat
rückg
Stützen
guten
ernom
in sei
ndung,
schlagen
och nie
der
Stämpf
die
gen
wieber
mit
iel
wenn
in
blättern,
Nur
immer
n noch
ritten
auf
hängel
am
neben
den
Besch
en,
mit
den
Arbeits
en,
die
den
ber
t. Aber
Reime
nd ihre
zwei
gesser,
die
Alle
me
Wird.
Die
weckt
vor
allen
Dingen
be
zu
haben
—
es
nem
Fenster
breit.
Spur
schmü
weggen
ist
Wohl
leben,
alle
rdnet.
Das
was
nicht
mehr
be
die
wunder
bares
g
ber
sch
t, ohne
Sunder
im
Sauf
fleich
und
Blut
Denken
ewig
et,
das
trou
at
ert
eracht
steh
ähend
selbst
er
Schwar
abrot
ist
schlich
beu
den
Stimme
trou
—
ist
ein
solche
o
weit
von
einem
rtsetzung
folgt.

Stehen
ist bür-
ty und
Bergauen
er Wohl-
galtigen
unters
egen des
ber, das
jeht bei,
keindahn-

von allen
ärzte be-
ne Läu-
i gemalt
i kapital-
eigen uns
appazole:

Se

ngebeht
was über
r "Arbeits-

i Punkt 1
ilung und
rognahme
währt, die
einstellung
er ortsüb-
bergrupp
t sich, den
zu kriegs-
vermaltung
r Auftrag
er den Fall
uten dieser
vermaltung
trage vor.
unter Dar-
übungs-Be-
rügung über-
ausstragen
ereserwöl-
i, sind diese
ritzungsbef-

ch unmittel-
gender Be-
des Bes
denjemig
Lieferungen
lung außer-
wungen Er-
nach Wohl-
verbeträbe
eigender Be-

übungen aus
Vorteil ge-

schluß von
gen des Be-
zu Besch
dich verein
die Gegen-
Betriebe und
Handwerker
von vorbe-
den Auftrag
an innerhalb
wird hierauf
stellung nicht
otes und die
n der Ware
hersteller zu
auf die Ware
herstellers ver-
ganzseitig ge-
on seiten des

bei Bedarf
eine werten-
dieser Bezie-
um Beiträge.
Gegenstände
den, wogegen
opert Zinsen
ndt die Her-
gebrauch, so
des Betrages
von dem
Preis den für
brichteten Be-
trag von allen
diejenige der
mer an dem

Die Heeresvermehrung ist notwendig, bevorzogene Per-
sonen zur Kontrolle in die Betriebe der Bismarcken und auch
sonstiger Unteroffizierentum zu entsenden. Die übrigen, die
weniger interessierenden Bestimmungen können nach
Bergauen und sei nur noch die Schlußbestimmung über-
prüft.
Am volkswirtschaftlichen Interesse ist natürlich der bar-
bare Zahlungswert zu bemerken. Es ist daher erforder-
lich, daß der Auftragnehmer ein Reichsbankgiro, Postchek,
Bank-, Spartaften oder ein anderes an den Reichsbankgiro-
betriebe angehörendes, auf den Rechnungen zu vermerken-
dendes besitz, durch dessen Vermittlung die Zahlung erfolgen
kann.
Von diesen Bedingungen kann nur dann abgesehen wer-
den, wenn nach den örtlichen Verhältnissen oder nach Art
der Umrüstung des Geschäftsbetriebes eines Auftragnehmers
die Einrichtung eines solchen Kontos dem Inhaber die sonst
mit verbundenen Vorteile nicht bieten sollte. Die Geschäfts-
verträge hierüber treffen die ausführenden Stellen.
Der Auftragnehmer trägt die Gefahr der Zufassung,
wenn im Falle der Bekräftigung vom bürgerlichen Rechte eine
Forderung mittels Vollstreckung in Höhe von über 800 Mk.
fordern würde.
Diese Vorschrift besagt nichts neues, denn im kaufmän-
nischen Rechte ist die „Bargeldigkeit“ längst allgemein
gültig. Eine Neuerung bedeutet sie offenbar nur für die
Bauverträge, für den amtlichen Verkehr.

Aus dem Reichstage.

(Schluß)

In der fortgesetzten Debatte über Etat und neue
Steuererlagen wurden übungsgemäß die verschiede-
nen wichtigsten Zeitfragen miteingezogen und erörtert.
So wandte sich der nationalliberale Abgeordnete Schiffer-
hagen gegen die sehr unzeitgemäße Forderung im Mi-
nisterium der preussischen Regierung, die über-
haupt mit den Volksinteressen unvereinbar ist und daher nie
erfüllt werden sollte. Gänzliche Aufhebung des Fideikommiß-
gesetzes erfordert die Zeit, nicht aber seine Ausdehnung
und Befestigung. Diese Vorlage ist auch ein grober Verstoß
gegen den sogenannten „Bürgerfrieden“, während angeblich
wegen der preussischen Wahlreform nicht end-
lich durchgeführt werden dürfe! Mit leeren Schlagworten
und so hohe Politik gemacht. Schiffer forderte die Jurid-
kalisierung der Fideikommißvorlage und andererseits die Durch-
führung der Wahlreform. Auch die trügliche Erfassung der
abschließenden Kriegsgemeinde durch die Steuer empfahl er.
Der Parteipreter Hausmann ließ sich die vollständige
Entstehung der kriegsbeherrschenden und anexionistischen Um-
stände der „noblen“ Verhörsverortenerferenz der Kürfür, Knorr-
brock, Duisberg usw. in dem dadurch besonders be-
merkenswert dabel war auch besonders die Feststellung,
daß seinerzeit die übergeschnappten Altschweizer ihren Ver-
band gründeten zur Bekämpfung Capris, weil er von den
Schweizer Helgoland gegen Cassinabur eingetauscht hatte.
Im übrigen wies der Redner diese ganz übermäßige
Kritik zurück und verteidigte den von ihr bekämpften Reichs-
minister. Für die Arbeiterschaft haben diese Vorgänge in-
sondern besonderes Interesse, als die Kürfür und Konferten zu
ihren schlimmsten Feinden in der inneren Politik gehören
und auch im Hotel „Adlon“ ein Redner empfahl, das preu-
sche Dreiklassenwahlrecht auch für den Reichstag einzufüh-
ren, (statt umgekehrt das Reichstagswahlrecht für den preu-
sische Landtag.)

Der nationalliberale Abgeordnete und Unternehmens-
revisor Dr. Stresemann redete von der notwendigen
Reorientierung den Gewerkschaften
über nach dem Kriege. Die Mitarbeit der Ge-
werkschaften auf den verschiedenen Gebieten ist anzuerkennen.
Die Industrie sollte durch den Schluß ziehen, daß sie künf-
tig mit den Gewerkschaften ruhig verhalten sollte.
Wichtig ist die Unabständigkeit der Gewerkschaften gegen
die wirtschaftsrechtlichen Verbände. Auch die Mitglieder
dieser Verbände tun im Schützengraben ihre Schuldigkeit und
sollten nicht verdient, als Parasiten behandelt zu werden. Dar-
auf hinaus lief also die Gewerkschafts-„Freundschaft“ Stre-
semanns, womit er sich als Unternehmensrevisor nur trug ge-
ben ist.

Verschiedene bürgerliche Redner äußerten in ihren Aus-
sagen so nebenbei auch die üblichen unverändlichen Bem-
erkungen gegen die großen neuen indirekten Steuern, die sie
schließlich ja bewilligen, da sie keine Freunde direkter Reichs-
steuern sind. Der Zentrumsabgeordnete Meyer-Kauf-
mann berührte auch die schlimmsten Mängel der Steuer-
gesetze, woran selbst solideste und hervorragendste Stützen
der Gesellschaft in starker Weise und mit den größten Ge-
wissen beteiligt waren und die einflussreichen Kreise vor
dem Jubel ausreden wollten, in das sie gehören. Gleiches
sagte für alle Vertreter, die Demokratie des Jubelstöße
als kommissarische wie für kleine parlamentarische Diebe!
Reichsminister v. Stein beschäftigte sich mit dem von der
Gesellschaft getrennten Deutschen, das dieselbe ein-
mal als Gegenmaßnahme haben zum Teil Verbesserung
erwartet.

Von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen betel-
agten sich an den Verhandlungen Ledebour, Reil, Senke und
Ertler übte an der inneren und äußeren Politik
der Regierung scharfe Kritik, besonders an der fortwähren-
den alten Praxis der „Schußfahrt“, der nensdingen unter
genüßlich Gähnen zum Doyer gefallen ist, nachdem er vom
Reichstage entlassen worden war. Auch gegen Schilde-

mann begn, die Politik der alten Fraktion polemisierte er.
Lieber die Friedenspolitik führte er schließlich aus, daß der
Frieden durch gegenseitige Verständigung herbeigeführt
werden und derart sein muß, daß kein Volk sich vergewaltigt
fühlt, wenn auch neue Staaten mit selbständigen Völkern
dabei entstehen können, wie ein freies Polen, meinetwegen
auch Litauen und Kurland, aber kein Volk, vergewaltigt
und ausgebeutet von einem fremden. Die zweite Bedingung
ist, daß kein Wirtschaftskrieg zwischen den Staaten herbei-
geführt wird und daß die Freiheit der Meere, die wirtschaft-
liche Freizügigkeit aller Völker gesichert wird. Die Wieder-
holung neuer Kriege muß verhindert werden durch interna-
tionale Beschlüsse, die das Seebandrecht aufheben. Die
Hauptfrage ist, daß der Kabinettsrat ein Ende gemacht
wird. Der Reichskanzler behauptete, heute gäbe es keine
Kabinettsrat mehr. Aber gerade heute bekommen ja die
Parlamente erst nachträglich von den Beschlüssen der Kabi-
nettsrat Kenntnis. So war es bei der Proklamierung
Polens, bei dem Friedensangebot und beim verstärkten
U-Boot-Krieg. Den Kabinettsrat muß die Entscheidung über
Krieg und Frieden aus den Händen genommen werden.
Die Verhandlungen müssen in aller Öffentlichkeit von Volk
zu Volk geführt werden. Man muß übergehen zum Aufbau
eines einheitlichen Europas und dann zu einem einheitlich
zusammengeschlossenen Kulturband, einem Weltbund als Vor-
bereitung zu einem sozialistischen Weltbund der Völker.
Reil ist empört über die unwürdige Behandlung der deut-
schen Gefangenen. Wenn wir Repressalien ergreifen wollen,
müssen wir sie hauptsächlich gegen die höchsten Stellen rich-
ten, die diese Schicksaligkeiten verursacht haben. Wir haben
die Kredite zur Verfügung gestellt für die Abwehr der uns
drohenden Gefahr. Herr Ledebour setzt seine Hoffnung auf
die ausländischen Sozialisten und appelliert an sie. Ich
wünsche ihm von Herzen Glück dazu. Er erklärte sich für
einen Frieden, der keine Nachgebülte zurückläßt. Kein deut-
scher Staatsmann darf den Krieg einen Tag länger führen,
wenn er das Ziel der Sicherung erreicht hat. Sodann
empfahl er die Erweiterung der Erbschaftsteuer nach eng-
lischem Vorbild, die notwendige Erhebung des Wehrbeitra-
ges, Erhöhung der Besitz- und Vermögenssteuer. Ideal ist
eine allgemeine Reichssteuer. Die Vereinheitlichung
der deutschen Eisenbahnen würde 1 Milliarde Mk. Ersparnis
bringen. Man sollte auch an ein staatliches Schieppomonopol,
ein staatliches Kohlebergbau-, Reichsstaubhandelsmono-
pol denken.

Hente bemerkte zu der grausamen Behandlung der Ge-
fangenen, daß es hüten wie brühen die Proletarier sind, die
darunter zu leiden haben. In der Steuerfrage lehnte er
alle indirekten Steuern ab und forderte den weitestgehenden
Ausbau der direkten Steuern. Die Arbeiter können eine
solche Belastung nicht mehr ertragen. Ich erinnere hier
nebenbei nur daran, welche schwere Konkurrenz schon heute
den Armeisten im Interesse der kriegsbeschäftigten erwächst.
Darum weist auch Prof. Franke mit Recht hin. Derselbe
herr betont auch mit Recht, daß die Unternehmer sich immer
enger kodieren und jedes Umlernen ablehnen. Soll denn
wirklich die alte Ausplünderungspolitik fortgesetzt werden?
Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit hat sich noch vertieft.
Nur der Kommunismus und Sozialismus, wie wir ihn er-
streben, wird zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Wir
führen den Kampf gegen die Regierung, den Krieg gegen
die Kriegführung. Den Kampf um die Macht der Arbeiter-
klasse.

Reichsstaatssekretär Graf Koerner trat den Forderungen
nach direkten Reichsteuern mit den ablehnen, aber un-
zureichenden Gründen der Rückständigkeit der Bundesstaaten
und Gemeinden entgegen, konstatierte aber gleichzeitig, daß
die Kriegsteuer das zehn- und zwanzigfache der Besitzsteuer
vorausgenommen hat. Also direkte Reichs-Kriegsteuer trotz
Bundesstaaten und Gemeinden — wie doch alles geht, wenn
man will und es sein muß.

Legen beschäftigte sich mit der Stresemann'schen Ver-
herrlichung der Selben über „Wirtschaftsrechtlichen“ und er-
protestierte dagegen, diese überhaupt als Arbeiterorganisation
zu bezeichnen. Es ist für viele Organisationscharakter-
istisch, daß ein Vertreter eines Arbeiterverbandes so
warm für sie eintritt. Was würde Herr Stresemann sagen,
wenn unsere Gewerkschaften einige Unternehmer tauschen,
von diesen eine Unternehmerorganisation schaffen lassen
würden und dann verlangen, daß diese Unternehmerorgani-
sation als Vertreter der Unternehmer im öffentlichen Leben
gönnen solle. Genau so liegt es mit den Selben. Sie sind
zum größten Teil von den Unternehmern gegründet und wer-
den dauernd aus deren Mitteln unterhalten. (Sehr wahr
bei den Sozialdemokraten.) Reil wurden sie von den Un-
ternehmern in solche Organisationen hineingezogen. Ich
verweise nur auf die U. C. G. in Berlin, die seinerzeit sogar
verpflichtet, die Beiträge für diesen gelben Gewerkschaften
Arbeiter zum Lohn abzugeben, was dann das Gewerbe-
gericht für unzulässig erklärt hat. Auf der Generaterversam-
lung des Verbandes der Textilindustriellen hat der Vor-
sitzende gesagt: Eigentlich haben wir für diese Selben Bei-
träge nicht zu leisten, aber es liegt im Interesse der Un-
ternehmer, daß diese Organisationen aufrechterhalten werden.
(Hört hört bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns
mit aller Energie dagegen wenden, daß Vertreter solcher
Organisationen in Körperschaften kommen, die über Inter-
essen der Arbeiterschaft zu entscheiden haben, wie die Ar-
beiterausschüsse des Hilfsdienstgesetzes. Das heißt die Ge-
werkschaften aller Abteilungen glänzend ab. Ich erinnere auch
daran, daß der ehemalige Sekretär des Reichsverbandes
gegen die Sozialdemokratie, der Vater dieser parlamentarischen
Arbeitervereine, jetzt in einem Buche erklärt hat, daß er mit
dieser Gründung einen schweren Fehler begangen habe, weil

diese Gründung dazu beigetragen habe, die Gewerkschaften,
deren große Bedeutung sich jetzt im Kriege gezeigt habe, nicht
zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Aber diesen Organi-
sationen das Wort redet, der dient nicht den Interessen
des Vaterlandes.

Die Wirtschaftsfriedlichen hatten dann das große Red-
von den schärfsten Gegnern der Arbeiterbewegung, wie
Reil, Graf Franke und Schilde verteidigt zu werden,
während die christlichen Gewerkschaftler Behrens und Schil-
ler sie ebenfalls abschnitten. Stresemann leistete sich noch
den Gegenstand, zum „demokratischen Standpunkt“ aus
Gleichberechtigung für die Geben mit den Gewerkschaften zu
fordern. Man sieht, wie auch mit Demokratie Mißbrauch
getrieben werden kann.

Soziales.

Schwed. Einführung des Siebennuhr- Ladenschlusses

für die Zeit auch nach dem Kriege, hat der Zentralverband
der Handlungsgehilfen bei seinen Verursachern eine Inter-
schiffensammlung veranstaltet. Über 100000 Inter-schiffen
sind dem Reichstage bereits überreicht worden. Der ge-
nannte Verband hat auch Zustimmungserklärungen von
Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zu-
stimmungen von Inhabern großer und kleiner Geschäfte
liegen vor. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Aus unserem Beruf.

Verhaftet wurde eine Schuhhändlerin in Köln wegen
Fortführung ihres von der Militärbehörde gestellten Ge-
schäftes unter einem andern Namen. Man vermutet, daß
es sich in der Verhafteten um die wegen grauenhaften
Geschäftspraktiken zu 8000 Mk. Geldstrafe verurteilten Frau
von Geldern handelt.

Zivillpersonen dürfen keine Militärstücke tragen
oder solche kaufen. Der Besitz solches im Reichsgebiet
stehenden Schuhwerks hat strafrechtliche Verfolgung wegen
Verdachts des Diebstahls oder der Diebstahl zur Folge.

Gegen die „Schleber“. Die Seeresverwaltung macht
wiederholt darauf aufmerksam, daß sie nur mit Produzenten
direkt verkehrt und die Herstellung von Militärlieferungen
durch Dritte sowie die missbräuchliche Benutzung der Firma
des der Militärbehörde direkt verpflichteten Produzenten
unzulässig ist. Damit ist der Ausplünderung durch Zwischen-
händler und spanische Elemente, die sich arbeits- und mühe-
los ungezählte Millionen während der Kriegszeit in die
Tasche gemacht haben, eine Grenze gezogen.

In Arnstadt bleiben noch drei Schuhfabriken in Betrieb.
„Jammersolle“ Lederblinden. „Schuhmarkt“, „Schuh
und Leder“ und andere Unternehmerblätter waren ob den
behördlichen Altschweizer der wackeren Wehrpreise bis zu
Tränen gerührt, da es nun mit den märchenhaften Wirt-
schäften vorbei sein sollte. Sie hätten sich ihre kostbaren
Ernen sparen können, verteilen doch die Ueller Wehrwerte
U. G. in Gelle aus einem Reingewinn von 1 161 008 Mk.
widerum 20 Prozent Dividende wie 1916 und die Wachs-
beler Lederfabrik in Hamburg 12 Prozent. Allerdings ver-
stärkte sie 1916 30 Prozent, aber sind nicht auch 12 Prozent
nach ein glänzender Goldregen?

Der böhmische Schuhpreismacherer Meißel ist wegen
Wucherpreisen für Kinderstühle zu 10 000 Kr. Geldstrafe ver-
urteilt worden.

Von der Lederwelt in Oesterreich erzählt im Wiener
Gemeinderat der Bürgermeister Wehrhänger. Er meinte,
im Jahresdurchschnitt braucht eine Person 1 1/2 Paar Schuhe
und für das Paar ist 1 Kilogramm Leder notwendig. Vom
15. Juli bis 31. Dezember 1916 wurden den Wiener Schuh-
machern nur 41 000 Kilogramm Leder zugewiesen, wovon
der größte Teil geringen Gebrauchswertes hatte; als Ober-
leder waren nur 471 Kilogramm verwendbar. Bekanntlich
zählt Wien ca. 1 1/2 Millionen Einwohner. Die Stadt hat
227 800 Paar Schuhe zum Preise von 5 640 000 Kronen an-
gekauft und damit die färdichsten Angehörigen versorgt, sowie
den Beteiligungsvereinen Zurechnungen gemacht. — Die von
österreichischen Schuhhändlern in Deutschland gekauften
Schuhwaren dürfen nach behördlicher Verfügung nicht aus-
geführt werden und deutsche Schuhhändler usw. verweigern
nun deren Lieferleistung zur Deckung des Schuhbedarfs in
Deutschland.

Von einem Verband der Schuh- und Schaffmacher in
Cody (Polen) wird berichtet, daß er 220 Mitglieder zählt, ist
seiner jüngsten Verharmung die Errichtung einer Kassen-
kasse, sowie die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 15 Ro-
pelen (1 R. = 23 Pfg.) beschloffen. In Krasnopol
sollten drei Monate lang wöchentliche Unterhaltungen
von je drei Rubeln bezahlt werden. Aus dem bezüglichen
Bericht ist nicht ersichtlich, ob es sich um eine Meister- oder
Arbeiterorganisation handelt, wahrscheinlich aber ist es eine
solche der Arbeiter.

Die englische Arbeitszeit in der schweizerischen Schuh-
industrie. Die Schuhfabrik des schweizerischen Konsumver-
bandes in Basel, die ca. 165 Personen beschäftigt, führt mit
dem 1. April die durchgehende Arbeitszeit mit 9 Stunden täg-
licher Dauer ein. Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 1/2 Uhr,
wobei mittags durch eine 1 stündige Pause unterbrochen und
endet nachmittags 5 Uhr, jedoch sie effektiv 9 Stunden dauert
gegen 10 Stunden bisher. Das Durchschnittsmaß wird von der
Verwaltung für 50 Cent. geboten und soll gut und reichlich
sein. Die Vermaltung will ferner den Arbeitern Lohn zum
eigenen Genußverbrauch überlassen. Der Präsident trägt aus

Der Beurlaubungskommission referierte über alle diese Verhältnisse in einer von 110 Arbeitern und Arbeiterinnen der Schuhfabrik beauftragten Berichterstattung, die sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärte. Selbstverständlich erhält die Arbeiterin den bisherigen Jahreslohn für die während der Beurlaubung erzielte Arbeit.

Die Dividenden der Schuhfabrik Aktien-Schuhfabriken. Die Schuhfabrik Frauenfeld erzielte einen Betriebserfolg von 850 564 Fr. (1915: 286 097 Fr.), von dem die Aktionäre 175 000 Fr. — 7 Prozent (gegen 5 Prozent im Vorjahr) Dividende erhalten. — Die Schuhfabrik Brittanu machte einen Gewinn von 162 370 Fr. (1915: 56 026 Fr.)

„Mindestpreise“ für Schuhreparaturen in Holland, nicht etwa Höchstpreise. Der Schuhmachermeisterverband im Haag hat folgende „Mindestpreise“ festgelegt: Vorkaufe, Solien und Stiele für Herren 6,50 Gulden (1 G. = 1,70 Mt.), für Damen 5,50 G., Jugendliche 4,50 G.; Sohlen und Stiele 6 G., 2,50 G. und 1,25 G., für Kinder 1,25 bis 1,00 G., Befestigen allein 2,50 G. und 1,90 G., Stiele allein 80 Ct., 65 Ct. und 75 Ct. für Jugendliche. Die unbefristeten „Höchstpreise“ werden also etwas höher sein.

Mitteilungen.

Ernt. (Bezirk VIII) Feuerungszulagen wurden neu bewilligt sowie bestehende aufgebessert:

Bei den Firmen J. G. Schaller & Söhne in Schmölln, an verheiratete Arbeiter 5 Mt., ledige 3 Mt., Arbeiterinnen, verheiratete und ledige 3 Mt., und Jugendliche 2 Mt. pro Woche.

Bei der Firma Köhler & Eigel erhalten verheiratete männliche Arbeiter 5 Mt., weibliche verheiratete und ledige 3 Mt., und Jugendliche 2 Mt. pro Woche.

Bei der Firma Perold & Co. wurde die bestehende Feuerungszulage neu geregelt, es erhalten verheiratete männliche und weibliche 3 Mt. und ledige 2 Mt. pro Woche.

Bei der Firma Seiffelbach wurden 20 Prozent auf den verdienten Lohn bewilligt.

Bei der Firma Schreiber & Hener in Mühlhausen wurden bisher nur an verheiratete 10 Prozent bis zu 27 Mt. Verdienst gewährt, was durch Neuregelung in folgender Weise geändert wurde. Es erhalten verheiratete männliche 3,50 Mt., ledige 2,50 Mt., verheiratete weibliche 2,50 Mt., ledige 2 Mt., sowie Jugendliche unter 17 Jahren 1,50 Mt. pro Woche.

Großh. Vor gut beleuchteter Versammlung sprach am 4. März im Alten Schützenhause unser Verbandsvorsitzender Kollege Simon über die gegenwärtige Lage in der Schuhindustrie und das Zivildienstpflichtgesetz. Einleitend bemerkte der Redner, daß wir nun bereits im 11. Kriegsmontat stehen und daß die lange Kriegsdauer nicht ohne Einfluß auf die Gewerkschaften gewesen sei. Die Gewerkschaften, die auf den Kampf im Innern zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht aber auf den Krieg zugeschnitten gewesen, seien auf den sogenannten Burgfrieden eingegangen, den sie auch gehalten, die gegebenen Versprechungen von anderer Seite, sind jedoch dieses nicht erfüllt worden, was an vielen Beispielen sich nachweisen lasse. Trotz der ungünstigen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen, sind die Gewerkschaften bemüht gewesen, eine Besserung in der Lage der Arbeiterschaft auch während des Krieges herbeizuführen. Uebergehend zur Lage in der Schuhindustrie führte der Redner aus, daß dieselbe einer besonderen Beunruhigung unterworfen ist. Er wolle nicht zurückgreifen auf die Verordnung des Bundesrats, die beschränkte Arbeitszeit betreffend, die Schwierigkeiten, die sich in bezug der Entschädigung des Lohnausfalls für die Arbeiter ergaben, dürften den Anwesenden noch zur Genüge bekannt sein. Eine weitere tief einschneidende Maßnahme sei die in nächster Zeit zu erwartende Verordnung über die Stilllegung des größten Teiles der Schuhfabrikbetriebe. Redner geht hierbei auf die Gründe, die diese Maßnahme zur Notwendigkeit machten, in ausführlicher Weise ein. Leider müsse auch hierbei wieder konstatiert werden, daß zu den Beratungen des aus Fabrikanten Arbeitnehmergebänden nicht mit hinzugezogen worden sind. Erst später, nahe dem Abschluß dieser Verhandlungen, sind letztere mit geladen worden, um Gelegenheit zu haben, etwaige Abänderungsvorschläge noch machen zu können. Solche sind auch in erheblicher Zahl gestellt worden und er wolle hierbei betonen, daß diesen Vorschlägen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen wurde. Auf das Zivildienstpflichtgesetz zu kommen, wurde ausgeführt, daß dasselbe mehrmals eine andere Benennung erfahren. Jetzt werde es wasserläufiger Hilfsdienst benannt. Wahrscheinlich sollte es damit eine gereiztere Aufnahme finden. Er bezweifle die Notwendigkeit dieses Gesetzes. Bei Zahlung den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechenden Löhnen, würden sich freiwillig genügend Arbeitsträfte auch ohne dem gefunden haben. Die wichtigsten Paragraphen des Gesetzes werden hierauf erläutert. Es geht daraus hervor, daß die darin enthaltenen Vorteile für die Arbeiter nur äußerst gering sind. Besonders sei der § 11 zu beachten, der die Schaffung von Arbeiterausstellungen vorschreibt. Ganz erheblich sind die Nachteile dieses Gesetzes für die Arbeiter. Die Freizügigkeit sei gänzlich aufgehoben. Es enthalte die Pflicht, oder sein Recht auf Arbeit. Auch seien keine Mindestlöhne vorgeschrieben worden. Daß das Gesetz von den Unternehmern in bezug auf Ausübung von Arbeitsstellen umgangen werden kann, wird an Beispielen aus dem Rheinland nachgewiesen. Ein großer Streik, an dem 35 000 Arbeiter beteiligt, habe damit im Zusammenhang gestanden. Die beschriebenen beiden Betriebe der Schuhindustrie unterliegen nicht dem

wasserläufigen Hilfsdienst, sondern fallen unter den Begriff der Aufrechterhaltung der allgemeinen Volkswirtschaft. Die darin beschäftigten Arbeiter können nicht zwangsweise einer anderen Beschäftigung zugeführt werden. Am Schluß seiner Ausführungen gibt der Redner noch auf die Regelung der durch die Stilllegung sich ergebenden Entschädigung an die Unternehmer ein. Danach müssen die bestehenden Betriebe 6 Prozent des Gewinns an eine gemeinsam dazu errichtete Kasse abführen, woraus dann die gemeinlich der stillgelegten wie auch bestehenden Betriebe nach der vorher erzielten Produktion entschädigt werden sollen. Für die Verteilung der für den Zivildienst herzuführenden Schuhwaren ist eine Verteilungskommission, sowie 10 Verteilungsstellen für das ganze Reich geschaffen worden. Der Zweck dieser Einrichtung soll sein, den stillgelegten Betrieben für später ihre Absatzgebiete zu erhalten. Die hergestellten Waren dürfen deshalb keinen Firmenstempel oder sonstige Angaben ihrer Herkunft enthalten. So mancher Betrieb dürfte aber trotz dieser Vorkehrungen nicht wieder ergebnisfähig werden. Allgemeiner Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der nun folgenden Diskussion werden Anfragen gestellt und Beantwortungen vorgebracht. Es wird zunächst gefragt, wie es mit der Entschädigungspflicht zur Zeit steht. Kollege Simon erklärt, daß mit Aufhebung der Bundesratsverordnung die Entschädigungspflicht nicht aufgehoben worden ist. Die Regelung der Entschädigung für Lohnausfall ist nicht vom Bundesrat, sondern von der Rederontrollstelle aus erfolgt. Die Fabrikanten sind zur Zahlung eines Drittels auch jetzt noch verpflichtet, sie könnten auch die volle Entschädigung zur Auszahlung bringen, da sie ja als Rückvergütung zwei Drittel wieder erhielten. Die Beschwerden, die sich auf geringe Stunden- und sonstige Löhne, sowie auf nicht gleichmäßige Zahlung der Feuerungszulagen in einem Betriebe bezogen, wünschte Kollege Simon, ihm Unterlagen darüber zuzuführen, damit er diese bei den in kurzer Zeit stattfindenden Schlussberatungen der stillzustehenden Betriebe verwenden könne. Ein Kollege wendet sich gegen den im Fachblatt erschienenen Artikel, nach welchem bei 40stündiger Arbeitszeit daselbst geleistet werden könnte, als bei der sonst üblichen. Kollege Simon erwidert, daß solche Feststellung von Ernt aus erfolgt ist. Der Bericht sei aber so aufzufassen, daß eine kürgere als die sonst übliche Arbeitszeit anzustreben ist. Zum Beispiel könnte ohne Nachteil für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von 50 auf 50 Stunden zurückgegangen werden. Einwendungen sind bei Förderung einer kürzeren Arbeitszeit von den Fabrikanten immer erhoben worden, doch habe sich das Gegenteil von einer Verringerung stets nachweisen lassen. Mit einem Hinweis auf die während der Kriegszeit bis zum 3. Quartal 1916 vom Verband geleisteten Unterstützungen, die rund 834 000 Mark betragen und im 4. Quartal nahezu eine Million erreichen würden, sowie einer Aufforderung des Kollegen Jahn, aus dem Vortrag die Rutyp-anwendung zu ziehen und eifrig zur Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein, wurde die bis zu ihrem Ende interessante Versammlung geschlossen. **Emil Jahn.**

Schwenningen. Daß die Schuhindustriearbeiter in dieser Kriegszeit in ihrer wirtschaftlichen Lage schwer geschädigt sind, ist zur Genüge bekannt. Nicht allein nur die Knappheit an Leder und sonstigen Rohmaterialien bringt die Arbeiterschaft in ein sehr mißliches Verhältnis, dazu kommt noch, daß der eine oder andere Fabrikant noch sein „bestes“ tut, um dieses Verhältnis bald zur Unerträglichkeit zu gestalten. Ganz besonders trifft das für Schwenningen zu. Nicht genug, daß dort sehr niedrige Stundenlöhne bezahlt werden für gelernte Arbeiter, glaubt die Firma J. Haller den Frauen und Heimarbeiterinnen alles bieten zu dürfen. Daß Frauen noch mit 22 Pfg. Stundenlohn beimgeschickt werden, ist keine Seltenheit. Feuerungszulagen von 5 bis 10 Pro-

zent werden nur für einzelne Sparten gewährt. In der Hochschuhabteilung wird überhaupt keine Zulage gewährt. Um einigermaßen auf einen Verdienst zu kommen, sind viele Arbeiter gezwungen, abends noch Arbeit mit nach Hause zu nehmen, wo dann die ganze Familie die halbe Nacht lang arbeitet, um das Notwendige zum Lebensunterhalt zu verdienen. Die Heimarbeiterinnen sind ganz besonders von der Firma ins Herz getroffen. Diese dürfen für ihre Arbeit noch die Stifte stellen, ohne daß sie dafür entschädigt werden oder einen höheren Lohnzug erhalten. Bei einem Artikel bekommen sie sogar noch 2 Pfg. weniger bezahlt als im Geschäft. Dafür haben sie auch das Vergnügen, der Firma die Werkstoff zu stellen.

Da doch die Schuhwaren als notwendige Bedarfsartikel gelten, kann wohl verlangt werden, daß die Arbeiterschaft auch einen angemessenen Lohn verdient, der es ihr ermöglicht, über die schwerste Zeit hinwegzukommen.

Die Lebensmittelpreise sind in Schwenningen nicht billiger wie in anderen Städten. Aber nicht auf den guten Willen des Fabrikanten soll die Arbeiterschaft angewiesen sein, sondern sie haben ein Recht, zu fordern.

Dieses kann am besten dadurch geschehen, daß die Arbeiterschaft ihre Gleichgültigkeit und den Spruch: „Es wird ja doch nicht besser“ abwirft. Sie muß sich ihrer Verbandsorganisation anschließen, denn nur diese allein kann Wandel schaffen, es lassen sich diese traurigen Verhältnisse nur mit Hilfe der Organisation beseitigen. Aber auch die Firmen sollten in dieser Zeit der Arbeiterschaft das „Durchhalten“ nicht zur Unmöglichkeit machen. **S. A.**

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 19. März bis 25. März der 12. Wochenbeitrag fällig ist.

In der Sitzung des Vorstandes am 18. März 1917 wurde das Mitglied Magnus Schönel in Dresden S. Nr. 29 839 auf Grund des § 8, Ziffer 2, Abs. c des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Nachfolgend verzeichnetes Mitgliedsbuch wurde als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt: Rudolf Dohle, S. Nr. 15218, eingetretten am 21. September 1906 in Cannstatt.

München, den 17. März 1917. **Der Vorstand.**

Ehrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder. Leipzig. Paul Kuschel, gefallen.

Sterbetafel. Hermann Gaupe, geb. am 24. März 1888 zu Weidenwisch, gest. am 10. März in Groisbach, Schlaganfall. Albin Edelich, geb. am 23. März 1865 zu Groisbach, gest. am 11. März in Groisbach, Schlaganfall.

Damen- und Herrenarbeiter für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. **Wilh. Schulz, Bonn a. Rh.** Wesselsstr. 16.

Schuhsohlen-Agelmashinen gebrauchte, gut erhaltene, werden zu kaufen gesucht. Angebote sind zu richten an das Kgl. Eisenbahn-Werkstättenamt b. Limburg (Cad.).

Geschichte der deutschen Schuhmacherbewegung sind nur noch einige Exemplare vorhanden. Preis 60 Pfg. durch die Exped. d. Bl.

Nachruf. Am 10. und 11. März verchieden an Schlaganfall unsere Mitglieder und Kollegen **Hermann Gaupe** im 59. Lebensjahre und **Albin Edelich** im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen **Die Zentralstelle Groisbach-Erd.**

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacher-Werkzeuge** — Verstand gratis und franco. — E. Wöglé, Berlin, Köpferingstraße 83.

Handstanzmesser Größe I 7,50 Mt. — II 7,00 Mt. — III 6,00 Mt. **Theo Dreuer, Merxcheid b. Solingen.**

Schuhmacher-Werkzeuge — Vorzügliche — **Wilh. Schögle, Rollnau (Baden).** Neue illustrierte Preisliste gratis.

Stahlschuhsohlenschröner **Kavira, Gros Karton** 18,50 **Lay,** „ 21,50 **Senkel** **Eisengarn, schwarz, 90 cm, Gros** 16,— und 14,— **braun, 100** „ 24,— **Eiziegensohlen, Strohsohlen** billigst gegen Nachnahme. **Behrends, Stuttgart, Dierbachstr. 73.**

Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 12.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Geburtenrückgang und Arbeiterwohnungsfrage.

(Der Nachsatz eines Familienvaters.)

Im letzten Jahrzehnt ist im Deutschen Reich ein immer weiter werdender Rückgang der Geburten festgestellt worden. Allein in dem Jahrzehnt von 1908 bis 1913 ist die Zahl der auf 1000 Einwohner entfallenden Geburten von 33 auf 28,3 gesunken. In den Kreisen unserer Volkswirtschaft, Politiker und Staatsmänner hat diese Tatsache ernste Sorgen erweckt, und man hat sich bemüht, dem rasch zunehmenden Geburtenrückgang entgegenzuwirken. Besonders seit Ausbruch des Krieges ist man sich der Gefahr bewusst geworden, die der deutschen Volkswirtschaft und der nationalen Verteidigungskraft von dem Geburtenrückgang droht. Über die Ursachen des Geburtenrückganges ist man sich freilich bis heute noch nicht einig geworden, und infolgedessen konnte man sich auch über die Mittel nicht einig werden, die zur Behebung dieses Übels notwendig sind.

Die Gründe für den Geburtenrückgang sind zweifellos verschieden. Wir haben gar keine Ursache, zu behaupten, daß in vielen Fällen lediglich die Bequemlichkeit, die Schere vor der Arbeit und Verantwortung, die die Kindererziehung mit sich bringt, die Ursache der Einschränkung der Kinderzahl ist. In den Kreisen unserer Bevölkerung mit schlechtestem Beispiel vorangegangen. Allmählich hat sich das Übel auch über den Mittelstand und auf einen Teil der Arbeiterklasse ausgebreitet. Über hier ist es nicht in erster Linie Bequemlichkeit, sondern des Lebens bittere Not, die zur Einschränkung der Kinderzahl oft förmlich zwingt. Wo das der Fall ist, da werden die schönsten und ernstesten Hinweise auf die vaterländische oder religiöse Pflicht der Eheleute wirkungslos verhallen. Wer hier helfen will, der muß das Übel an der Wurzel packen, er muß die Voraussetzungen schaffen helfen, unter denen dem Arbeiter, dem unteren und mittleren Beamten die Ernährung, Erziehung und Erziehung einer größeren Kinderzahl möglich ist. Er muß dafür sorgen, daß der Arme seine Kinder nicht als einen Fluch, sondern als Segen empfindet. Jeder wissen heute viele von denen, die sich mit der Frage der Bevölkerungspolitik befassen, viel zu wenig von den sozialen Ursachen des Geburtenrückganges. Und selbst diejenigen, denen die Wohnungs- und Ernährungsprobleme der großen Arbeiterfamilien bekannt sind, können sich wohl kaum eine Vorstellung von dem machen, was in den Herzen des Vaters, der Mutter einer großen Kinderherde vorliegt, und was andere zur Einschränkung der Kinderzahl führt.

Im Dezemberheft der „Sozialen Kultur“ hat ein Arbeiter, Vater von elf Kindern, seine Seele geöffnet und die Qualen geschildert, die ihm sein Kinderreichtum bereitet. Diese Schilderung ist eine fürchterliche Anklage gegen unsere heutige Gesellschaft, eine Anklage, vor der jedes religiöse und vaterländische Gefühl erbleichen und der Wunsch, zu ändern und zu bessern, erwachen muß. Es handelt sich um einen früheren Uhrmacher aus Schlesien, jetzigen Fabrikarbeiter, in Berlin. Seine Familie lebt in Jena, wohin er sich nach Kriegsausbruch, als seine heimatische Fabrik ihre Pforten geschlossen hatte, wanderte. Er arbeitet täglich zwölf Stunden in einer Munitionsfabrik. In seiner kalten, erstickenden Schlafkammer er eines Abends in der Zeitung seiner Wirtin eine Notiz über die Behebung des Geburtenrückganges im preussischen Abgeordnetenhaus. Das wird für ihn der Anlaß, einen Beitrag zu dieser Frage zu schreiben, indem er kurz und knapp sein eigenes Leben in den letzten 18 Jahren schildert.

Als die ersten Kinder geboren wurden, war das junge Ehepaar überglücklich. Sie wollten Kinder, das war ganz selbstverständlich, und sie wollten sie zu etwas Tüchtigem heranbilden. Der junge Uhrmacher hatte sich selbständig gemacht und bot seine ganze Kraft für seine Familie auf. Das vierte Kind starb an Brechdurchfall. „Das war der erste schwere Schlag in unserm Glück. Aber Gott schenkte uns weiter seinen Segen; das fünfte, das sechste Kind kam.“ Nun wird das Ehepaar von erfahrenen Freunden und Verwandten vor der weiteren Vermehrung der Kinderzahl gewarnt. Es stellen sich auch wirtschaftliche Sorgen ein. Die Kosten für den Lebensunterhalt steigen. „Durch Überarbeit bin ich in die Nacht hinein jagt sie der Uhrmacher zu. Es gelingt ihm nicht. Er verdirbt sich das Augenlicht und ruiniert seine Gesundheit. Dem Konsum entgeht er nicht. Inzwischen hat sich das sechste Kind eingestellt. Mit sieben Kindern findet er natürlich keine anständige Wohnung mehr. In einem alten Haus voller Eingetragener kommt er schließlich unter. Seine Kinderzahl wächst, die Miete für die alte Bruchbude steigt. Als bald darauf das Haus zum Abruch verkauft wird, gelangt es ihm, mit seinen neun Kindern bei einer frommen Witwe unterzukommen. „Die hatte Mitleid mit uns und nahm

uns auf. Nur dreißig Mark jährlich steigerte sie den Mietpreis, das war alles.“ Es handelte sich um eine Wohnung über einer Kaffeebude, in der bis spät in die Nacht gespielt, geläutet und gesungen wurde. Man ist eben kinderreicher Familienvater, da muß man so etwas in den Kauf nehmen, ein anderer Mensch hätte die Wohnung auf keinen Fall für diesen Preis genommen.“

Inzwischen ist aus dem selbständigen Uhrmacher ein Fabrikarbeiter geworden, der, um seine Familie ernähren zu können, am Tage für seinen Fabrikherrn fröhlich und abends zu Hause für seine Kinder arbeitet. Am diese Zeit wird seine Frau schwer krank; die kleinen Kinder, denen die Pflege fehlt, erkranken alle mit. Er muß von der Arbeit zu Hause bleiben und gerät in Schulden und Verzweiflung. Als seine Frau wieder hergestellt ist, muß er sie bitten, mit ihm in die Fabrik zu gehen, damit der Verdienst etwas größer ist. „Ich hätte es ihr am Tage nicht sagen können“, berichtet er, „ich schämte mich, ihr ins Gesicht zu sehen. Das war nun das Ende! Eine Mutter von neun Kindern, hatte die nicht genug geliebt, genug für Staat und Allgemeinheit? Nun sollte sie mit in die Fabrik gehen, um arbeiten zu helfen, damit wir nicht verhungerten. Es war dunkel im Zimmer, wir lagen schon zu Bett, als ich ihr druckschweißig die auseinandergerissene und die Scham brennt mir noch heute auf den Wangen, wenn ich daran denke. Sie weinte auch nicht und klagte nicht, aber ich mußte dennoch, was in ihr vorging, und dieser Gedanke schürte mir fast den Hals zu.“

Aber es kommt noch schlimmer. Eines Tages muß ein schwerkrankes Kind ins Krankenhaus gebracht werden. Als er die Kosten nicht vorauszahlen kann, verweist man ihn ans Armenhaus. Er tragt auch Rathaus, vom Rathaus zum Armenpflager seines Bezirks, einem Geschäftstrogen und ephemerem Konkurrenten, der nun berufen ist, seine Bettelarmut nachzuprüfen. Unter den heftigsten Seitenkämpfen geht er hin. Seiner Kinder wegen! „Für mich hätte ich lieber zum Strick gegriffen.“ Bald mußte er erneut auf die Wohnungssuche. Eine Außenverweisung mit seiner Hauswirtin wegen seiner Kinder trug ihm die Kündigung ein. Er muß sich jetzt mit einer Wohnung in einem Gasthaus begnügen, die so ungesund ist, daß sie kein anderer Mensch genommen hätte. Aber es bleibt ihm keine andere Wahl. „Nur eine kleine Steigerung mußte ich mir gefallen lassen; ach Gott, wer fragt auch nach solcher Kleinigkeit, man ist eben ein kinderreicher Familienvater“, sagt er mit einer bitteren Ironie.

Das zehnte Kind wird nicht mehr so freudig wie die ersten begrüßt; aber man liebt es doch wie die andern und opfert sich für alle auf. „Wir arbeiteten nur noch Tag und Nacht für unsere Kinder, wir entsetzten alles, was das Leben begehrenswert macht, wir waren nur noch Sklaven, ohne Hoffnung, ohne Lebenszweck.“ Und wie werden diese Opfer von der Gesellschaft anerkannt? Zeigt sich die Gesellschaft hilfsbereit? Kommt sie dem Vater einer großen Kinderherde entgegen? Nun, unser Uhrmacher hat darin die traurigsten Erfahrungen gemacht. Als er eines Tages wieder ein Kind ins Krankenhaus bringen muß und einen Armenstein braucht, und als er dies auf dem Rathaus mit den Worten begründet: „Wir haben kein Geld, wir haben zehn Kinder; was wir verdienen, langt kaum zum Leben“, da antwortet ihm der Herr Sekretär: „Ja, da können wir doch nicht helfen; daß Sie zehn Kinder haben, das ist doch Ihre Schuld.“ In dieser Stunde dämmert dem zehnjährigen Familienvater und gläubigen Christen eine Ahnung über das Wesen der christlichen Gesellschaftsordnung auf. „Wie kann ein Mensch überhaupt zehn Kinder haben, wenn er keine Mittel hat, sie zu ernähren? Das ist eben seine eigene Schuld. Das wurde mir in dieser Stunde klar.“

Aber es kommt noch besser. Ein neuer Wohnungswechsel, wieder wegen der Kinder, bringt ihn in eine noch schlechtere Wohnung mit nassen Wänden und verfaulten Dielen. „Zweihundertundfünfzig Mark zahlen wir jährlich für diesen Stall und müssen blutenden Herzens sehen, wie unsere Kinder an Strophulose und Blutarum abwelken; aber wir haben eine Wohnung. Mein Gott, als Familienvater kann man eben keine großen Ansprüche machen.“ Der Uhrmacher bebaut nun, neben seiner Arbeit in der Fabrik und zu Hause, noch ein Stück Land. Das erste Kind hat sich eingestellt, die Sorgen haben sich weiter vermehrt. Das hindert aber die Steuerkommission nicht, dem einfachen Familienvater auch noch den Steuerzettel zuzuschicken. Seine Frau arbeitet doch in der Fabrik, und außerdem habe er ja ein Geschäft und repariere Uhren nach Feierabend, wird ihm auf seine Verdäuerde erklärt. Die Einkünfte aus seiner Nacharbeit hat man auf 450 Mk geschätzt. Alle Einkünfte werden, daß seine Frau doch nur in die Fabrik geht, weil sie sonst noch mehr darben und hungern müßten, beiseite nicht; er muß die Steuer bezahlen.

Inzwischen ist seine Frau kranklich geworden. Er möchte gerne, daß sie von der Fabrik zu Hause bleibt; aber es geht nicht, weil die Familie ihre paar Mark Lohn notwendig zum Leben braucht. Da kommt ihm ein Gedanke: wenn er auf Dorf zöge, wenn sie eine billigere Wohnung nähmen und billiger leben könnten, dann brauchte seine

Frau wohl nicht mehr mitzuarbeiten. Er könnte alljährlich mit dem Rabe in die Stadt zur Arbeit fahren. . . Dieses Gedanke wird alldah verwirklicht, oder vielmehr: er sollte verwirklicht werden; denn auch hier steht ihm seine große Kinderzahl hindernd im Wege. Einige Tage, nachdem er auf dem Dorf eine Wohnung gemietet hat, kommt der Vermieter zu ihm und erklärt, daß er von dem Mietvertrage zurücktrete und ihm lieber eine Abfindung zahlen wolle. Die Wohnung bekomme er unter keinen Umständen. „Auf meine erschrockene Frage: Warum? wollte er anfangs nicht mit der Sprache heraus, endlich aber sagte er doch, daß der Gemeindevorsteher Kenntnis davon erhalten hatte und gleich am andern Tage zu ihm gekommen war. Er hatte ihn dringend ersucht, die Sache rückgängig zu machen, damit nicht eine Familie mit so vielen Kindern ins Dorf käme. Denn wie leicht stiele die einmal der Gemeinde zur Last, — der Vater dürfe nur einmal krank werden oder sterben.“ Mit den Hoffnungen der Familie auf gesunde Luft, grüne Bäume, Wasser und Wiesen ist es vorbei.

Der Uhrmacher meint, es sei erklärlich, daß unter solchen Verhältnissen schließlich jeder zusammenbräche und daß auch der stärkste Charakter dabei am Ende abstumpfe. „Ich wurde“, so sagt er, „immer bitterer und nervöser, und das Leben wurde mir manchmal rein unerträglich. Wenn ich bis um 12 oder 1 Uhr noch an der Werkbank gesessen hätte und dann tobende, mit brennenden Augen, auf mein ärmliches Lager fiel, dann . . . drückte ich wohl manchmal mein Gesicht in die Rippen und nestete sie mit Tränen kummer Verzweiflung. Und dann gelobte ich mir im stillen, meine lieben Kinder zu warnen vor solch einem Leben, zu warnen vor dem Kindersegen, der ein Segen sein soll und sein müßte, aber in unserer christlichen Weltordnung zum Fluch getempelt wird, wenigstens bei den Armen.“

Das ist, ganz kurz zusammengefaßt, die Schilderung, die der Uhrmacher von seinem Leben bis zum Ausbruch des Krieges gibt. Lieber seine Erlebnisse nach Kriegsausbruch, in der Zeit, wo die Fabriken ihre Tore schlossen und viele Tausende Arbeiter arbeitslos auf der Straße lagen, wollen wir nicht berichten. Auch nichts darüber, wie der Familienvater auf seine alten Tage in die Fremde geht, um für die Seinen Brot zu schaffen, wie er in Jena mit „fortgeschrittenen“ Kollegen über die Bevölkerungsfrage und die Kleinhausbedelung spricht. Das Geschilderte genügt, um die Gefahren zu zeigen, die aus unserer bisherigen Wohnungs- und Arbeiterpolitik für eine gesunde Bevölkerungspolitik erwachsen. Gegenüber dem Nachsatz dieses Arbeiters, der übrigens nicht Sozialdemokrat ist, müßten die Stimmen all derer verstummen, die sich aus Gründen der Selbstsucht einer gründlichen Reform unserer Wohnungswesen und der Fortführung unserer Sozialpolitik entgegenstemmen.

Die Weiterentwicklung der Frauenarbeit.

Das Wohlstandsgesetz erreicht sich nicht ausschließlich auf die Frauen, einmal, weil sie sonst noch immer auf dem Arbeitsmarkte mit ihrem Waffenangebot die Nachfrage übertreffen und sodann, weil der Geist des Gesetzes auch sie erfasst und in der Praxis also auch für sie gilt.

Dabei ist im Jahre 1916 überraschenderweise die Frauenarbeit zurückgegangen. Die für das Reichs-Wahlblatt berichteten Krantenlisten zählen die folgenden:

	männliche	weibliche
Am 1. Juli 1914	7 536 761	4 237 677
1. Januar 1915	5 113 031	3 168 577
1. Januar 1916	5 307 649	4 631 146
1. August 1916	4 930 901	4 565 660
1. Januar 1917	4 477 078	4 815 519

Die Zahl der gewerblich tätigen Frauen war demnach Ende 1916 um 315 000 geringer als Ende 1915 und nur um 78 000 größer als im Sommer 1914. Ebenso vollzog sich der Rückgang bei den männlichen Arbeitern. Ihre Zahl war Ende 1916 um 900 000 kleiner als anfangs 1916 und um 3 060 000 kleiner als im Sommer 1914. Die Gesamtzahl der Arbeiter bzw. der Krantenlistenmitglieder ist um 1 und 3 Millionen während der 29 Kriegsmonate zurückgegangen. Dazu kommen allerdings die mehr als 700 000 Kriegsgefangenen, die nützliche und fleißige Arbeit verrichten.

Indes besagen die nackten Zahlen nicht alles, also auch das wichtigste nicht, daß innerhalb des Wirtschaftslabens bedeutende Veränderungen der Arbeitskräfte stattgefunden haben. Insbesondere hat das weibliche Battgesamtpersonal eine erhebliche Vermehrung erfahren und sind zahlreiche Dienstmädchen in Gewerbe und Industrie übergegangen. Wie da wieder viele Gewerbe und Industrien aus verschiedenen Gründen ihre bisherige Tätigkeit einschränken oder ganz aufgeben mußten und zur Munitionsfabrikation übergingen, ist bekannt. Alle diese Veränderungen hatten auch eine Reduktion der Arbeiterzahl zur Folge, die für die männlichen Arbeiter sich automatisch ge-

Wir entnehmen diese Schilderung dem „Grundstein“, die die heute viel erörterte Frage des Geburtenrückganges wohl beleuchtet. R. d. G. F.

Das durch die fortwährenden militärischen Einberufungen, bei den Arbeiterinnen durch ihre eingetretene Entbehrlichkeit, Interessanterweise ist aber dabei das Verhältnis von Angebot zur Nachfrage auf dem weiblichen Arbeitsmarkt zurückgegangen, so von 163 Arbeitstenden auf 100 offene Stellen im Januar 1916 auf 174 im Juli und 123 im Dezember. Im Januar 1917 ist ein weiterer Rückgang auf 115 eingetreten.

Das Februarheft des Reichs-Arbeitsblattes orientiert durch zahlreiche Bemerkungen über die Verhältnisse auf dem weiblichen Arbeitsmarkt. So weist es in dem Bericht des österr. Reichs-Arbeitsamtes über den Vormonat (Dezember) ein starkes Angebot und eine noch größere Erhöhung der Nachfrage zu verzeichnen. Die Werbung trifft vor allem das Hauspersonal, Dienstmädchen und Aufwartefrauen wurden stark vermisst, konnten aber trotz verstärktem Angebot in ausreichendem Umfang nicht vermittelt werden. Da sehr viele Frauen und Mädchen, die früher in häuslichen Diensten beschäftigt waren, jetzt lieber Kriegsarbeit annehmen, wird für die nächste Zeit mit einem Mangel an solchen Arbeitskräften gerechnet werden können. Das Angebot von Arbeiterinnen für Tagelohnarbeit übersteigt noch immer den Bedarf.

Der pommer. Arbeitsnachweisverband berichtet, daß in der Frauenabteilung die Zahl der Arbeitsuchenden bedeutend gestiegen ist. Dauernde Nachfrage war nach kräftigen Frauen für schwere Arbeit, jedoch sollte leichte Fabrikarbeit für Jugendliche günstig. Aufwartestellen konnten meistens wegen der geringen Entlohnung nicht besetzt werden. Die Nachfrage nach Wäsche- und Reinmachefrauen war nach wie vor gering. Durch die Neueinteilung der Erwerbsaufträge sowie durch vorübergehende Versetzung von Handflächen konnten 80 Prozent der arbeitssuchenden Arbeiterinnen Beschäftigung finden.

In der Kaufmannschaft sind Stellenvermittlung war eine weitere Nachfrage nach Kontorhilfskräften, die durch das Angebot nicht gedeckt werden konnte. Die Nachfrage nach Verkäuferinnen war gering. Vielfach wurde der Versuch gemacht, sie in Schreibstellen unterzubringen und zwar in einigen Fällen nicht ohne Erfolg. Auch in Posen bestand Mangel an weiblichem Hauspersonal infolge der starken Veranziehung weiblicher Arbeitskräfte für die Textilindustrie. Dagegen weist die Lederwarenindustrie weibliche Arbeitskräfte auf.

Im sächsischen Industriegebiet ist die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden bei großer Nachfrage der berg- und hüttenmännischen Betriebe sowie der größeren Baufirmen erheblich gestiegen. In den übrigen Teilen der Provinz hat sich die große Zahl der weiblichen Arbeitslosen aus der Beschäftigungs- und Textilindustrie leider nicht verringert und ebenso ist das große Angebot weiblicher Arbeitskräfte im Handwerksgebiet unverändert stark. Nur die Landwirtschaft leidet unter zunehmendem Mangel an brauchbaren weiblichen Arbeitskräften.

In Berlin und der Provinz Brandenburg war starke Nachfrage nach Arbeiterinnen für die Kriegsindustrie, die 3-4 viermal soviel Metallarbeiterinnen nach

Berlin suchte wie im Januar 1916 und doppelt soviel wie im Dezember 1916. In der chemischen Industrie wurden mehr männliche Kräfte durch weibliche ersetzt. Auch ungelernte Arbeiterinnen wurden in größerer Zahl gesucht als im Vorjahr. Im Bekleidungs- und Schuhwaren-Gewerbe der Neererweiterungen eingetreten, so daß nur der zehnte Teil der Arbeiterinnen des Vorjahres beschäftigt wurde. Im Handwerksgebiet trat als Folge des Hilfsdienstgesetzes Vermehrung des Angebots und der Nachfrage ein. Zeichnerinnen und Maschinenführerinnen mehrten sich als Zivildienstleistungen und -Maschinenführerinnen. Zur Veranschaulichung des großen Mangels an hauswirtschaftlichem Personal wird angeführt, daß in Schönberg bei Berlin bei 200 Dienstmädchen nur 95 Dienstmädchen, bei 700 Aufwartestellen nur 500 Neuerwerbinnen vorhanden waren. Der allgemeine Durchschnittslohn für Arbeiterinnen stieg nach dem Berichte des Zentralvereins für Arbeitsnachweise in Berlin von 16,21 M. im Vorjahr auf 22,13 M., angeführt der fabelhaft hohen Lebensmittelpreise ein durchaus niedriger und unzulänglicher Lohn.

In Schleswig-Holstein konnten viele Arbeiterinnen aus der Holz- und Textilindustrie den Kriegsbetrieben aus dem Grunde nicht zugeführt werden, weil sie den hier gestellten körperlichen Anforderungen nicht zu genügen vermochten.

In München waren kräftige Arbeiterinnen für Munitionswerkstätten und Schneiderinnen für Neeresarbeiten sehr gesucht. In Elbfah-Kochingen meldeten sich viele Frauen und Mädchen, die in Privatbetrieben in Arbeit standen, zum Hilfsdienst, weil sie hofften, hier mehr zu verdienen. In den Reichsständen fanden im Monat Januar 10 678 weiblichen Arbeitsuchenden nur 3045 offene Stellen, so daß ein starkes Ueberangebot bestand.

Auffallend und bedenklich ist besonders die Zunahme der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie und im Bauwesen, die wirklich ungeeignete Arbeitsgebiete für Frauen und Mädchen sind.

Im Monat Januar standen sich 3 770 567 männliche und 3 762 317 weibliche Mitglieder der Krankenkassen gegenüber, so daß sich nun beide Geschlechter die Wage halten. Der Rückgang der männlichen Arbeiter gegenüber dem Juli 1914 beträgt nun nahezu 4 Millionen und auch die Arbeiterinnen erlitten eine Verminderung um rund eine halbe Million. Daraus erklärt sich das andauernde Ueberwiegen des Angebots über die Nachfrage auf dem weiblichen Arbeitsmarkt.

Von besonderer Bedeutung ist die unfrüherliche Verschiebung des Verhältnisses der beiden Geschlechter im Wirtschaftsbereich. Früher sah man einmal soviel Männer wie Frauen, jetzt nun gleichviel Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Veränderungen nach allen Seiten die schwerwiegendsten Folgen, besonders für die ganzen Existenzverhältnisse der gesamten Arbeiterklasse, für die Arbeits- und Lohnbedingungen, für die Ernährungs-, Wohnungs- und alle Lebensverhältnisse, für die Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung usw. Die Frau ist hinter der Front in die vorbeste Linie gerückt, ihre soziale

und wirtschaftliche, aber auch kulturelle und politische Bedeutung hat eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht.

Um so mehr müssen sich die proletarischen Frauenbewegungen in die Arbeiterbewegung, vorab in die Gewerkschaftsbewegung eingliedern, um der ihnen zugefallenen großartigen Aufgabe voll und ganz gewachsen zu sein, da die von gerabete die Zukunft der Arbeiterklasse abhängt.

Frauen in den Kriegsämtern.

Die Frauenmitwirkung im Kriegsdienst des Kriegsministeriums ist nicht nur in Berlin gesichert, wo, wie bereits gemeldet, Frä. Dr. Lüders an der Spitze einer Frauenarbeits- und Fürsorgezentrale steht, sondern auch in Wuppertal, wo die Schaffung eines Referates „Frauenarbeit“ erfolgt ist, an das als Vertreterin der Frauenorganisationen Frä. Dr. Wolf berufen wurde. An den Kriegsämtern der Reichsvertretenden Generalstabes in München, Nürnberg, Würzburg, Ludwigshafen werden ebenfalls Hilfsreferentinnen angestellt; für München ist Frau Dr. Rittner-Rosenfeld, eine Juristin (Rechtspraktikantin), in Aussicht genommen. Ihnen wird im Benehmen mit ihren Vorgesetzten die Durchführung der praktischen Maßnahmen zum Wohle der Soldaten in Bezug auf die Frauenarbeit übertragen werden. Frä. Dr. Wolf steht auch an der Spitze eines Nationalausschusses für Frauenarbeit im Kriege, der, wie Frä. Dr. Wolf in der Versammlung des Instituts für Sozialarbeit mitteilte, am 3. Februar gegründet wurde.

Winters Ende.

Kommt die liebende wärmende Sonne
Von Tag zu Tag höher am Firmament;
Schmelzet in Fegen die schneeige Kälte
Die noch an Hänge und Berge gesetzt.

Bahnen die sammelnden Tropfen sich Weg,
Fließen zu Tale wie Silber so rein;
Füllen die rieselnden Bachlein zu Bächen
Um weiter zu wandern dem Lande hinein.

Laben die barrende, hungernde Scholle
Die sorglich das werdende Leben verschölet.
Wingelt Körleim in trodener Krume,
Damit sich's entfalte zum leuchtenden Sporn.

Eräumd erwachtet die schlummernde Erde,
Babelt sich kühnend im fließenden Gatt;
Fähig zu machen dem göttlichen Werden,
Empfänglich der zaubernden, herrlichen Kraft.

Glewno, den 5. Februar 1917.

Dienen.

Von Wilhelm Schmidt.

Auch die Frau Doktor war feineswegs eine unfreundliche Frau, war im Gegenteil immer gut gelaunt, und wenn sie ohne Geldbörse war, sang sie sogar Lisa's muntere, eintönige und langgezogene Lieder mit. Dabei sah sie trotz ihres Rindervollens noch jung und frisch aus, hatte immer eine geflickte Schürze vorgebunden und glänzende Schenkel an den kleinen Pantoffeln. Als sie auf ihre Frage keine Antwort erhielt, legte sie ihre weiße, gepflegte Hand auf das Knie des Mädchens. „Bist du krank?“ Das Mädchen antwortete nicht und bewegte sich nicht.

Die Frau nahm ihre Hand von dem Knie weg und legte sie oben sanft auf des Mädchens Schulter, ohne zu fragen, ohne überhaupt zu sprechen. Und da drehte Lisa, durch diese stille Teilnahme mutig gemacht, den Kopf herum, oder aber sonst ihre Stellung zu verändern. Sie wandte der Herrin das volle, breite Gesicht zu und sah sie mit ihren großen, blauen Augen, die demütig und ergeben wie die eines müden Karrenhundes waren, eine Weile an, ängstlich, fragend, bittend, dann mit einem komischen Aufleuchten, wie in einer hoffenden Freude. Schließlich machte sie den Mund auf, lachte, so daß ihre Augen klar wurden, und sagte einfach: „Frau Doktor, ich muß jonn.“

„Wohin gehen?“ fragte die Andere, teilnehmend, sanft, zermurmelnd, als stelle sie in Aussicht, daß die Bitte erfüllt werde.

„Für immer. Seuf! Ich der letzte Tag, wo ich kündigen kann.“ Lisa setzte sich nun ganz gerade auf ihren Koffer, und dann, als ihr einfiel, daß es nicht schicklich war zu sitzen, während ihre Herrin stand, erhob sie sich schnell. Einen Kopf kleiner als jene, stand sie in ihrer großen, blauen Schürze, mit dem verstaubten, roten Gesicht und dem gelben, glattgekämmten Haar darüber und sah von unten, mit halbverbogenem Kopf, unter den dicken, gelben Brauen her zu der schönen, stolgebauten Frau hinauf.

Die Frau brachte lange Zeit kein Wort heraus. Ihr Gesicht behielt noch den frühlichen und klugen Ausdruck, aber er schien ohne Inhalt, und dahinter lauerte schon ein Gefühl des Schreckens und der Verständnislosigkeit. „Summes Zeug! Was ist dir in den Kopf gefahren?“

„Ich will hierab.“ sagte Lisa leise, nur noch wenig schüchtern, sogar mit einem flüsternden Richern.

Aber die Andere hatte auch schon wieder den entfallenen Zügel der Selbstbeherrschung aufgefangen. Ihr Kleid, das sich über der vollen Brust ein bisschen mehr gepaßt hatte, bekam wieder Falten, das weiche Fleisch ihres Gesichts, das sich entkräftet hatte, nahm wieder fein blühendes Aussehen an, das Aussehen der Leute, die viel gebratenes Fleisch essen und bicken, roten Wein dazu trinken. Sie lachte mit einem lauten, übermütigen, tiefenenden Lachen und hob die gestalteten Hände hoch über den schwarzen Knoten ihres Haares, so daß der Schatten dieser Bewegung über die ganze Wade ging. „Heiraten willst du?“

Auch das Mädchen behielt ihr Lachen bei. Sie schien gar keine andere Aufnahme ihres Entschlusses erwartet zu haben und sah mit ihren ruhigen, blauen Augen immer zu dem feinen Gesicht in die Höhe.

„Ne, du bist dumm. Hast du es nicht gut bei mir? Du hast kein Essen, dein Bett, deine Weihnachten dein Kleid — du hast keinen Kummer, keine Sorgen. Wenn du verheiratet bist, dann kommt das alles. Mit den Kindern kommt das alles. Sieh mich nur, du hast es ja besser als ich. Nein, das schlag' dir aus dem Kopf.“

„Ne, ich will hierab.“

Aber die Frau nahm die Sache immer noch nicht ernst und sprach immer noch lachend, nur so leichthin: „Ne, du weihst ja nicht, was du sagst! du mußt an dein Alter denken! Du hast dir doch schon ein Däufchen erspart, ich habe es ja in meinem Schrank liegen — du kannst dir immer weiter dazu sparen, denn du hast ja keine Ausgaben, du bekommst ja alles, was ein Mensch nötig hat, nur so hingeseht. Bist du aber eine verheiratete Frau, so geht alles für Mann und Kinder drauf. Ach, hast du deshalb das schöne Geld gespart, um es jetzt an einen Mann fortzuwerfen, der es doch nur ins Wirtschaftshaus trägt?“

Auch das Mädchen lachte immer noch. Sie wußte auch mit ihrem einfachen Verstande keine Gründe zu finden, die sie den Gründen der Frau entgegenzusetzen konnte. „Ne, ich will hierab.“

Nun näherte die Andere ihren Mund ein wenig der geraden Linie, die er gewöhnlich bildete. Und mit einem Mal sah ihr etwas im Halse, über der Gurgel, das sie wider ihren Willen hinunterstießen mußte! „Ne — wirklich — du bist ja so lange bei uns, du sollst jeden Abend dein Glas Bier haben wie wir selber.“ Eine Pause, während der sie das Gesicht des Mädchens angestrengt be-

obachtete. „Ich will dir etwas mehr Lohn geben. Du werden noch darüber sprechen.“

Lisa hob mit einer abwehrenden, gerührten Bewegung die Hand, die sie die jetzt immer über die Schürze gehalten hatte. „Ne, ich will hierab. Mir sen schon aufstehen. Ich han nur nie dat Härg gehabt, et so sage. Es fällt mir so schwer zu jonn — ich den doch so lang le schwän —“. Und nach einem irren Blick, an dem weissen schwarzen Haar der Anderen vorüber, wurden ihre Augen plötzlich groß, füllten sich mit Tränen, und ihr Mund öffnete und schloß sich zuckend.

Schnell griff die Frau zu, hob die letzten stammelnden Worte auf und warf sie kräftiger dem Mädchen wieder zurück. „Wahrhaftig, neunzehn Jahre bist du bei mir! Ich habst du denn nicht ins Haus so gut wie ich selber! Ich du mich und die Kinder lieb gewonnen in all der Zeit! Denk doch an die schweren Tage, Lisa, wo mein Mann starb! Hast du nicht geweint mit uns, als gebörst du zu uns? Und meinen Zügelten, hast du ihn nicht gehergt und gepflegt Tag und Nacht, als ich selber vor Erschöpfung krank geworden war? Hat nicht der Doktor gesagt, daß du, du allein den Jungen durchgebracht?“

Das Mädchen fing an, laut aufzuföhren. Ihr Gesicht von den Tränen naß, sah noch weniger schön aus. Sie hob die schweren, roten, von dem heißen Wasser zerrißenen Hände in die Luft, um nach der Frau zu fassen, wie ein Kind, das in einem Schmerz nach der Mutter tastet. Aber dann brach sie mitten in einem schreienden Laut ab, zog ihr letztes Schlußzeug in die Rechte hinein und küßte sie. „Ne, ich will hierab.“ Ich han so oft an alles gedacht. Wenn nu han ich mir's verjummene — nu blieden ich dobei.“

Der Frau traten kleine Schweißtropfen auf die schweißgerundete, weiße Stirn — vor Angst! Herrgott, wie denn das so plötzlich gekommen? Will sie denn wirklich gehen? Es ist eine so ruhige, bequeme Ordnung im Hause — sie war immer bescheiden, fleißig und gehorsam. Wo ist ein neues, solches Mädchen hernehmen? Die lang Zeit, bis so ein neues Mädchen angeleert ist, und in dem man die halbe Arbeit selber tun muß! Und die Mädchen heututage! Sie müßte zwei nehmen für die viele Arbeit!

Die Frau fahte einen Haß gegen das Mädchen. Aber sie drückte ihn hinunter, nahm des Mädchens Hände, bewegte den Kopf ganz in Lissas Gesicht herunter und fragte mit sanfter Stimme: „Wer ist es denn?“ (Schluß folgt.)